

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Ein Tag für Afrika – gemeinsam gegen den Hunger

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag ist bestürzt über die katastrophalen Ausmaße der Hungersnot in Afrika. Er würdigt die Hilfsmaßnahmen aus aller Welt und erkennt die bisherigen Leistungen der Bundesregierung zugunsten der Menschen in den Hungergebieten an. Seine besondere Hochachtung gilt der Bereitschaft der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, sich in vielfältiger Weise für die Bekämpfung der größten Not in Afrika einzusetzen. Eine große Zahl privater Organisationen hilft in den vom Hunger am stärksten betroffenen Regionen; das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland übertrifft alle Erwartungen.

Der Deutsche Bundestag hofft, daß sich aus dieser starken aktuellen Anteilnahme ein breites und langfristiges Engagement für die Dritte Welt entwickelt.

- II. Die Hungerkatastrophe in Afrika ist kein unabwendbares Naturereignis. Sie ist auch Folge menschlichen Handelns und politischer Entscheidung vor Ort. Aus Armut und aus Unwissenheit, durch falsch angelegte Entwicklungspläne, durch eine Politik, die die ökologischen Notwendigkeiten vernachlässigt und durch die Bevölkerungsexplosion sind die natürlichen Lebensgrundlagen in Afrika seit Jahrzehnten übermäßig beansprucht worden. Kriegerische Auseinandersetzungen und die Benachteiligung der ländlichen Räume verhindern die volle Nutzung der menschlichen und materiellen Ressourcen.

Unter dieser Voraussetzung erwartet der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung:

1. die humanitären Leistungen für die vom Hunger bedrohten Völker weiterhin auszubauen;
2. die Mitwirkung freier Träger auch in Zukunft zu erleichtern und zu unterstützen;

3. mit den Regierungen der betroffenen Länder über eine langfristige Sicherung der Ernährung ihrer Völker zu verhandeln und sie darin zu unterstützen, ihre Produktionsmöglichkeiten für Nahrungsmittel voll auszunutzen;
4. die Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der ärmsten Menschen und Regionen zu verstärken und unter Berücksichtigung ökologischer Gegebenheiten einen Schwerpunkt im Bereich der ländlichen Entwicklung zu bilden. Dabei sollen die betroffenen Menschen in Planung und Durchführung der Entwicklungsprojekte unter Beachtung ihrer soziokulturellen Bedingungen miteinbezogen werden;
5. den betroffenen Regierungen die Auffassung des Deutschen Bundestages zu erläutern, daß die jetzt entstandene Lage die Fortsetzung interner Konflikte und zwischenstaatlicher Spannungen nicht erlaubt, da eine weitere Militarisierung das Leben von Millionen von Menschen und das Überleben der Völker bedroht.

Bonn, den 23. Januar 1985

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion